

Eröffnung trotz Brandanschlags



Die Klingelknöpfe von Justiz, Polizei und Jugendgerichtshilfe an einem Haus des Jugendrechts in Frankfurt. Foto: Marius Becker/dpa

Ein neues Haus des Jugendrechts nimmt im Mertonviertel seine Arbeit auf. Es ist das dritte in Hessen. Wenige Tage vor den Blockupy-Krawallen wurde es Ziel eines Brandanschlags.

Die Spuren der Verwüstung sind noch deutlich zu sehen. Wo eigentlich die Eingangstür sein sollte, sind Holzbretter angebracht. Ein Bauzaun soll Eindringlinge abhalten. Wer am Freitag ins neue Haus des Jugendrechts im Mertonviertel will, muss über den Parkplatz gehen und den Hintereingang nutzen.

Wenige Tage vor den Blockupy-Krawallen wurde das Gebäude Ziel eines Brandanschlags. In einem Bekenntnisschreiben stellen die mutmaßlichen Täter den Bezug zur Eröffnung der Europäischen Zentralbank her. Der Schaden an dem Haus beläuft sich auf 60 000 Euro. Und trotzdem wurde die Einrichtung am Freitag offiziell eröffnet.

Stellenplan

Das Gebiet des neuen Hauses des Jugendrechts umfasst 18 nördliche Stadtteile. Es reicht vom Dornbusch bis nach Nieder-Erlenbach. 12.000 Jugendliche und Heranwachsende leben im Norden der Stadt.

Die Polizei ist die stärkste Gruppe in dem Gebäude. 17 Beamte – laut Polizeipräsident Gerhard Bereswill vor allem jüngere Polizisten – verrichten dort ihren Dienst.

Die Staatsanwaltschaft ist mit zwei Stellen vertreten.

Die Jugendgerichtshilfe schickt sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Verein Kinder- und Jugendhilfe sowie der Evangelische Regionalverband (für den Täter-Opfer-Ausgleich) haben ebenfalls Büros. geo

„Gute Ideen können nicht verbrannt werden“, sagte Ministerialdirigent Helmut Fünfsinn, einer der Begründer des Projekts, Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe in einem Haus zusammen arbeiten zu lassen. „Die Eröffnung ist auch ein Signal an diejenigen, die den

Brandanschlag verübt haben“, ergänzte der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU): „Der Rechtsstaat lässt sich das nicht gefallen.“

Das Gebäude im Frankfurter Norden ist das dritte Haus des Jugendrechts in Hessen – neben Frankfurt-Höchst und Wiesbaden. Es ist die größte der drei Einrichtungen. Das Konzept ist in allen drei Häusern gleich: Die Beteiligten im Jugendstrafverfahren arbeiten Tür an Tür. Sie sind damit effizienter und schneller. Von der Tat bis zum Prozess, zum Strafbefehl oder auch der Einstellung des Verfahrens vergehen oft nur wenige Wochen.

Oberbürgermeister **Peter Feldmann** (SPD), der einst das wenige Kilometer entfernte Jugendhaus am Bügel leitete, erinnerte an „zaghafte Versuche mit Polizei und Staatsanwaltschaft zusammenzuarbeiten“. Sonderlich erfolgreich sei dieses Vorhaben zumindest in den 90er Jahren nicht gewesen. Der OB erzählte von Jugendlichen, die mit Sekt vor dem Jugendhaus feierten, dass sie wieder einmal „nur“ eine Bewährungsstrafe bekommen hatten.

Das Haus des Jugendrechts sei „ein Modell, das sich durchsetzt“. Feldmann plädierte dafür, weitere Einrichtungen dieser Art zu eröffnen. Doch zumindest in Frankfurt ist derzeit kein weiteres Haus geplant. In **Offenbach** gibt es eine Arbeitsgruppe, die prüfen soll, wo ein solches Gebäude entstehen könnte.

Beitrag zur Prävention

Das Haus trage auch zur Prävention bei, sagte Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU). Zumindest in Höchst und Wiesbaden kämen immer wieder Jugendliche vorbei und berichteten Polizisten, Staatsanwälten und Sozialarbeitern davon, was bei ihnen im Viertel los sei. Wenn etwa Jugendgangs unterwegs seien, wüssten die Behörden somit frühzeitig Bescheid.

Polizeipräsident Gerhard Bereswill sagte im Gespräch mit der FR, das Wohnortprinzip sei eines der größten Vorteile des Hauses. Die Straftaten werden dort behandelt, wo die Verdächtigen wohnen – nicht dort, wo sie begangen wurden. Somit beschäftigten sich mit Intensivtätern nicht zahlreiche Polizeireviere, sondern immer dieselben Beamten im Haus des Jugendrechts.